

## Stoppt den Krieg in Libanon und Palästina – Demonstration am 29. Juli 2006 in Bonn

### Rede von Bernd Klage, Bonner Friedensbündnis \*

„Israel begeht umfangreiche Kriegsverbrechen. Ein ganzes Land wird zerstört, ganze Gemeinden entwurzelt, Zehntausende von Familien auseinander gerissen, Hunderte von Zivilisten getötet und Tausende verwundet. Kein Vorwand kann diese Verbrechen entschuldigen: Israels Barbarei im Libanon kann weder durch die Entführung der Soldaten noch durch das Töten von Zivilisten in den Bevölkerungszentren des nördlichen Israels gerechtfertigt werden.“

„Wir rufen alle Bürger Israels auf, Männer und Frauen, Juden und Araber, jede Person mit einem Gewissen, an der Wiederherstellung der Vernunft mitzuwirken, gegen die Illusion eines militärischen Diktats. Lasst uns für einen alternativen Weg, einen Weg des Friedens und der Sicherheit demonstrieren. Dieser Weg erfordert den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus allen besetzten Gebieten, die Auflösung der Siedlungen, ein Friedensabkommen zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina und die Achtung der Souveränität aller Staaten in der Region.“

Dieser Text stammt aus einer Petition der israelischen Friedensbewegung und aus einem Demonstrationsaufruf von über zehn israelischen Organisationen, unter ihnen beispielsweise Gush Shalom und das Alternative Information Center. Diesem Aufruf können wir uns auf dieser Demonstration nur anschließen. Die zentralen Forderungen unserer Demonstration hier sind:

- Für einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand!
- Für einen sofortigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon!
- Für eine Ende der israelischen Besatzung und die Auflösung aller Siedlungen in Palästina!
- Für die Freilassung aller Gefangenen und Geiseln, sowohl der palästinensischen und anderen arabischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen als auch der israelischen Soldaten!

Während in der deutschen Bevölkerung – wie überall in der Welt – die Empörung über die israelische Aggression im Libanon und in Gaza immer größer wird, lesen wir in den Medien vom israelischen Selbstverteidigungsrecht. Auch der grüne Ex-Außenminister Joseph Fischer behauptet in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung, dass es in diesem Krieg um die Existenz Israels gehe.

Damit sind zwei Schlüsselworte genannt: Das Selbstverteidigungsrecht und das Existenzrecht Israels: Ist es das Recht Israels, den Palästinensern ihre selbstverständlichen nationalen Rechte vorzuenthalten? Ist es das Recht Israels, durch die systematische Besiedlung und Zerstückelung des palästinensischen Bodens eine Zwei-staatenlösung oder auch einen gemeinsamen demokratischen Staat in Israel und Palästina für alle Zeit unmöglich zu machen? Ist es das Recht Israels, die Gefangennahme von zwei israelischen Soldaten mit der völligen Zerstörung von Südbeirut zu vergelten?

Diese beiden Worte, das Selbstverteidigungsrecht und das Existenzrecht Israels, sind zu Worthülsen geworden. Sie stehen nicht wirklich für eine Bedrohung Israels, der stärksten Militärmacht der arabischen Region und übrigens der einzigen mit Atomwaffen. Denn die größte Bedrohung für Israel geht nicht von außen aus, sondern von der kriegerischen Politik und dem selbstmörderischen Kurs der israelischen Regierung selbst. Selbstverteidigungsrecht und Existenzrecht werden benutzt für den Anspruch auf Vorherrschaft durch die israelische Führung. Und sie werden vorgeschoben, um – im Zusammenwirken mit der US-amerikanischen Politik – einen ständigen latenten Kriegszustand im arabischen Raum zu rechtfertigen und aktuell den offenen Krieg im Libanon und in Gaza.

Israel hat in den ersten 48 Stunden seines Angriffs auf den Libanon so viele Ziele zerstört, wie bei den wochenlangen Angriffen während der Invasion 1982. Bei diesen Angriffen werden auch international geächtete Waffen eingesetzt: Streubomben, die mit hunderten

Minibomben gefüllt sind; Phosphorbomben, die bei Menschen schwerste Verbrennungen anrichten; Uranmunition, die bereits in Jugoslawien und im Irak ihre Langzeitwirkung entfalten und zu langsamen Siechtum und Tod in der Bevölkerung führen. Und der renommierte »Wayne Madsen Report« zeigte am vergangenen Wochenende im Internet ein Foto, das israelische Soldaten bei der Verladung von Giftgasbomben zeigt.

In den deutschen Medien hören wir jedoch eher von den Raketenangriffen der Hisbollah auf Ziele im nördlichen Israel. Auch diese Raketen treffen Zivilisten, Unschuldige. Doch die Angriffe der Hisbollah können nicht auf eine Stufe gestellt werden mit der systematischen Zerstörung der libanesischen Infrastruktur und dem systematischen Bombardement libanesischer Dörfer und Stadtteile, zumal die Raketenangriffe der Hisbollah erst nach dem israelischen Angriff auf den Libanon begannen.

Israel erhält von den USA täglich 17 Millionen US-Dollar Militärhilfe in Form von Geld und Waffen, also 6,3 Milliarden US-Dollar jährlich. Kurz nach Beginn der Aggression gegen den Libanon fragte Israel bei den USA um Satelliten- und Laser-gesteuerte Raketen an. Die Bush-Administration lieferte diese Waffen relativ diskussionslos. Es ging schon einmal anders: Als 1981 die israelischen Truppen im Libanon einmarschierten, forderte die US-Administration die Militärhilfe für zehn Wochen ein. Heute wäre dies nicht nur eine klare Botschaft, sondern würde auch viel Leid im Libanon, in Gaza und in der Westbank verhindern.

Und wie reagiert die internationale Gemeinschaft? Am vergangenen Mittwoch fand in Rom die als Friedensinitiative deklarierte internationale Konferenz statt: Die dort versammelten Länder konnten sich nicht einmal auf die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand verständigen. Tags darauf verkündete der israelische Justizminister Haim Ramon im israelischen Militärrundfunk: „Gestern haben wir in Rom faktisch die Erlaubnis erhalten, unsere Operationen so lange fortzusetzen, bis die Hisbollah nicht mehr im Südlibanon präsent und sie entwaffnet ist.“

Wir wenden uns an die deutschen und europäischen Politikerinnen und Politiker:

Beklagen Sie nicht nur gewaltsame Übergriffe von Hamas und Hisbollah, sondern engagieren Sie sich auch für das Ende der militärischen Aggression Israels in Gaza und im Libanon!

Sorgen Sie sich nicht nur um die Sicherheit der Menschen in Israel, sondern sorgen Sie ebenfalls für einen wirksamen Schutz der Menschen in den besetzten palästinensischen Gebieten und jetzt im Libanon!

Setzen Sie sich aktiv für die Lösung des Nahostkonflikts ein, für das Ende der israelischen Besatzung in Palästina und für die internationale Anerkennung der gewählten palästinensischen Regierung!

Es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft, allen voran die EU-Regierungen, die USA und die UNO, die israelische Regierung von allen Versuchen abbringt, den Nahostkonflikt mit militärischen Mitteln zu regeln.

Es ist an der Zeit, dass die Regierungen Europas alle politischen und wirtschaftlichen Mittel, einschließlich Sanktionen einleiten, um die israelische Regierung zu Verhandlungen mit der palästinensischen Führung zu bewegen und ein Ende der Besatzung und des Krieges herbeizuführen.

Es ist an der Zeit, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die praktizierte Waffenbruderschaft mit der israelischen Armee, die Lieferung von Waffen zu Test- und Einsatzzwecken sofort beendet.

Es lebe die internationale Solidarität!

\* Diese Rede orientiert sich an Auszügen von Artikeln aus der Tageszeitung Junge Welt (von Andrea Bistrich, Werner Pirker, Rainer Rupp u.a.) und Texten der israelischen Friedensbewegung (übersetzt durch Ellen Rohlfes)